



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE FRAUENPROTESTE IN POLEN

■ ANALYSE	
Die politisch-kulturelle Dimension der Frauenproteste in Polen Renata Mieńkowska-Norkiene, Universität Warschau	2
■ DOKUMENTATION	
Das Netzwerk »Landesweiter Frauenstreik«: Über uns	7
Das Netzwerk »Landesweiter Frauenstreik«: Forderungen	7
Erklärung des Präsidenten der Republik Polen zum Urteil des Verfassungstribunals über das Abtreibungsrecht sowie zu den gesellschaftlichen Reaktionen	8
■ UMFragen	
Einstellungen zu Abtreibung und zu den Frauenprotesten	10
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	12
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 1. – 14. Dezember 2020	15
■ CHRONIK	
1. – 14. Dezember 2020	17

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 19. Januar 2021. Die Redaktion der Polen-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2021!

Die politisch-kulturelle Dimension der Frauenproteste in Polen

Renata Mierkowska-Norkiene, Universität Warschau

DOI: 10.31205/PA.267.01

Zusammenfassung

In Polen ist eine neue gesellschaftliche Bewegung entstanden, die trotz Corona-Pandemie in Massen auf den Straßen der polnischen Städte protestiert. Wird sie etwas in der polnischen Politik verändern? Aufgrund der großen Unsicherheit infolge der Corona-Pandemie, aber auch des angedrohten Vetos der polnischen Regierung gegen das EU-Haushaltspaket ist es schwer, vorherzusagen, welche Ereignisse Chancen haben, in aller nächster Zeit auf eine echte politische Veränderung in Polen hinzuwirken. Zweifellos wird aber eine wesentliche kulturelle Veränderung eintreten – die Abkehr der Polen, insbesondere der jungen Menschen, von der Religiosität und das zunehmende Bedürfnis, die Gleichheit der Geschlechter sowie auch der LGBTQ+-Personen zu garantieren. Diese kulturelle Veränderung treibt die gesellschaftliche Bewegung an, die vom Netzwerk »Landesweiter Frauenstreik« (*Ogólnopolski Strajk Kobiet*) organisiert wird. Sie kann der wichtigste Faktor sein, der dem Regierungslager der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) in den kommenden Wahlen die Macht entzieht – unabhängig davon, ob die Wahlen ins Frühjahr 2021 vorgezogen oder regulär erst in drei Jahren stattfinden werden. Allerdings wird auch viel davon abhängen, inwieweit die Opposition fähig sein wird, das Potential der Bewegung zu nutzen.

Der politische Kontext der Proteste

Eine Analyse der politischen Situation in Polen ist seit dem Jahr 2015 aus verschiedenen Gründen recht schwierig. Erstens lassen sich die wichtigsten politischen Entscheidungen seit langem auf einen Initiator zurückführen, nämlich auf Jarosław Kaczyński, der als einfacher Abgeordneter bisher formal keine größere politische Verantwortung getragen hatte. Seit einigen Monaten ist der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), der größten Partei in der Regierungskoalition, jedoch stellvertretender Ministerpräsident und koordiniert die Belange der staatlichen Sicherheit und trägt hier dazu bei, die Konflikte in der Gesellschaft zu vertiefen und das gesellschaftliche Vertrauen in die Polizei und die Ordnungsdienste des Staates zu zerstören. Gleichzeitig versucht Jarosław Kaczyński, seine Koalitionäre (die Partei des radikal rechtskonservativen Zbigniew Ziobro und die des etwas gemäßiger konservativen Jarosław Gowin) zu disziplinieren, ohne die er die parlamentarische Mehrheit verlieren würde, und er verfolgt den Reformkurs des Staates weiter, der die Justiz, die Medien, die Bildung und die Kultur und schließlich den Nichtregierungssektor und den konservativ orientierten Teil der Gesellschaft seiner politischen Macht unterordnen soll.

Zweitens ist die polnische Politik in einem deutlich stärkeren Maße als in anderen Staaten der Europäischen Union mit der katholischen Kirche verflochten und die regierenden Parteien nutzen deren Unterstützung, um auf die Einstellungen der Gesellschaft und auf Wahlentscheidungen einzuwirken.

Drittens: Da Polen von populistischen Konservativen regiert wird, wurde es zum Leckerbissen für das

internationale Netzwerk ultrakonservativer Organisationen, deren Ziel es ist, ein vollständiges Abtreibungsverbot durchzusetzen und die fundamentalkatholischen Prinzipien zu den Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens zu machen. In Polen tritt mit diesem Anliegen die Organisation *Ordo Iuris* hervor.

Viertens ist die polnische Opposition ziemlich schwach. Die wichtigste oppositionelle Gruppierung, die Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*), entstammt zu großen Teilen dem Milieu der *Solidarność*-Opposition – ähnlich wie die Mehrheit der *PiS*-Akteure – und sie ist zudem eine im Kern sehr konservative Gruppierung. Ein polnisches Spezifikum ist also, dass das Regierungslager und die zahlenstärkste oppositionelle Gruppierung beide dem konservativen Milieu angehören und das linke politische Spektrum auf der anderen Seite keine große Bedeutung hat.

Als Kontext der aktuellen Frauenproteste ist zudem wichtig, dass bei den Präsidentenwahlen 2020 auf Seiten der Opposition zwei neue Bewerber auftauchen, die in zukünftigen Parlamentswahlen weiter von Bedeutung sein könnten. Es sind dies der konservative Szymon Hołownia, ein ehemaliger Medienstar, und der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski, welcher der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) angehört und trotz mehr als zehn Millionen Wählerstimmen um ein Haar gegen den der *PiS* nahe stehenden Kandidaten Andrzej Duda verloren hat. Sowohl Hołownia als auch Trzaskowski können schon heute mit einer Wählerquote von mehreren Prozent und dem Überschreiten der 5-Prozent-Hürde rechnen, wobei nur Hołownia die Chance hat, die Wähler, die bei den

letzten Wahlen für die *PiS* gestimmt haben, für sich zu gewinnen.

Abtreibung: altes Thema, neue Umstände

Im Oktober 2020 urteilte das polnische Verfassungstribunal, dass Abtreibung aufgrund schwerer und unheilbarer Schäden des Fötus nicht verfassungskonform sei. Seitdem gingen Zehntausende aus Protest auf die Straße. Viele fragten sich in diesem Zusammenhang, wie ein so kontroverses Thema in einer so schwierigen Phase aufkommen konnte, wie es die gegenwärtige zweite, deutlich schlimmere Infektionswelle ist. Die Antwort auf die Frage ist recht einfach: Kaczyńskis »Bestellung« des Urteils bei einem vollkommen von ihm abhängigen Tribunal schien eine sichere Win-win-Situation zu sein. Er nahm wohl an, dass die Urteilsverkündung in der Situation nach den Präsidentenwahlen einerseits und in einer Phase von Corona-Schutzmaßnahmen und entsprechenden Restriktionen andererseits die Schuld gegenüber der katholischen Kirche begleichen würde, welche die *PiS* politisch unterstützt hat. Außerdem mag er gemeint haben, so den Koalitionspartner und Justizminister Zbigniew Ziobro beruhigen zu können, der bereits die Stimme erhob und sich anschickte, die Koalitionsvereinbarungen überzustrapazieren; für diesen nämlich wäre die Stärkung von *Ordo Iuris* und der schärfsten konservativen Forderungen von wesentlicher Bedeutung. Weiter könnte es die Partei Konföderation (*Konfederacja*) schwächen, eine ultrakonservative, insbesondere bei jungen Männern in Polen recht beliebte Partei, der eine wesentliche politische Forderung entzogen werden würde. Mit der Schwächung der Konföderation würden sich die politischen Sympathien der radikalen Rechten in Richtung *PiS* verlagern. All dies hätte den zusätzlichen Effekt, dass im Falle fehlender Proteste das vollständige Abtreibungsverbot de facto rechtskräftig werden würde, während es im Falle stattfindender Proteste möglich wäre, den Frauen und anderen Protestierenden die Schuld für die Ausbreitung der Epidemie zuzuweisen. Es sieht allerdings so aus, als ob sich Jarosław Kaczyński dieses Mal verkalkuliert hätte.

Abtreibung ist ein Thema, das in Polen seit Anfang der 1990er Jahre große Kontroversen hervorrief. Der sog. »Abtreibungskompromiss«, der seit 1993 gilt, ermöglicht den Schwangerschaftsabbruch nur in drei Fällen: Erstens im Falle der Gefährdung des Lebens der Schwangeren, zweitens in dem Fall, dass die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung oder Straftat ist, und drittens in dem Fall, dass der Fötus schwer und unwiderruflich geschädigt ist. Letztere Voraussetzung war die Grundlage für 98 Prozent von über 1.000 legalen Schwangerschaftsabbrüchen jährlich. Das heißt, dass das Urteil des *TK* im Grunde den Zugang zu legalen Abtreibungen entzieht. Gleichzeitig – so Schätzungen

verschiedener Institutionen (die Weltgesundheitsorganisation inbegriffen) – liegt die Anzahl der illegalen Schwangerschaftsabbrüche in Polen zwischen einer niedrigen fünfstelligen Zahl bis zu mehreren Zehntausend im Jahr. Die Situation der Polinnen war, was den Zugang zur legalen Abtreibung betraf, bereits vor dem Urteil des Verfassungsgerichts eine der schlechtesten in der Europäischen Union; die Einschränkung infolge des Urteils des *TK* hätte indessen zur Folge, dass der Zugang zur legalen Abtreibung in Polen geringer wäre als in Saudi Arabien. Zweifelsohne machte diese Vorstellung Eindruck auf die polnischen Frauen, die sich – pandemiebedingt ohne Zugang zum Gynäkologen und mehr als sonst von häuslicher Gewalt, Vergewaltigung und ungewollten Schwangerschaften betroffen – entschlossen, gegen die Verletzung ihres Rechtes auf menschliche Behandlung und Würde zu protestieren, so ein Motto der ersten Protesttage. Innerhalb weniger Tage erhielten die Proteste eine zusätzliche, gegen die Regierung, die Kirche und Diskriminierung gerichtete breitere Bedeutung. Von Anfang an brachte sich der Landesweite Frauenstreik intensiv in die Proteste ein. Er hatte sich bereits im Jahr 2016 gebildet, als er den landesweiten »schwarzen Protest« als Reaktion auf einen Gesetzesentwurf zum Abtreibungsverbot und die Ablehnung eines Entwurfs für einen liberaleren Zugang zum Schwangerschaftsabbruch organisierte. Nun mobilisierte der Landesweite Frauenstreik Tausende Frauen und Männer – darunter auch sehr junge – in ganz Polen und machte die Medien auf die Forderungen der Protestierenden aufmerksam und setzte außerdem zum ersten Mal in einem solchen Ausmaß Emotionen gegen die Regierung und die Kirche in Gang. Im Oktober und November gingen Protestteilnehmer mit Transparenten zu den Kirchen, verwendeten Vulgarismen, aber auch klug formulierte Slogans, die sich allgemein verbreiteter kultureller Codes, der Literatur sowie auch der Jugendsprache bedienten. In Kombination mit der Ermüdung angesichts des ungesetzlichen und nicht mit der Gesellschaft konsultierten Regierungshandelns und dem gesellschaftlichen Frust infolge der ineffektiven Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Corona-Epidemie rief das Urteil des *TK* ein Emotionspotential hervor, das typisch für gesellschaftliche Bewegungen ist. Der Landesweite Frauenstreik ist als eine solche zu bewerten. Trotz Corona-Epidemie hielten sich die Proteste lange, und aktuell arbeiten die Anführerinnen daran, das Protestpotential für den Kampf für konkrete politische Veränderungen zu nutzen.

Die Bewegung der acht Sternchen

(*****) (***)

Die landesweiten Proteste infolge des Urteils des Verfassungstribunals, das den Polinnen fast vollständig den

Zugang zum legalen Schwangerschaftsabbruch nimmt, entfesselten ein Ausmaß an Emotionen, das bisher nicht in der polnischen Gesellschaft zutage getreten war. Wut, Frust und Enttäuschung über das Handeln der regierenden Koalition, aber auch der Politik im Allgemeinen, also auch der Opposition, brachen sich Bahn. Das ist ein wichtiger Aspekt, denn die Anführerinnen der Proteste haben viel Kraft aufgeboren, damit die Politiker der Opposition ihre Anwesenheit auf den Demonstrationen nicht für die eigenen Parteiinteressen vereinnahmten. Hinzu kommt, dass die polnische Opposition angesichts des Umfangs und der Form der Proteste von Beginn an etwas desorientiert zu sein schien, was in nicht sehr glücklichen Äußerungen insbesondere der Vertreter der Bürgerkoalition zum Ausdruck kam.

Die ersten Forderungen der Protestierenden zielten auf das Regierungslager. Dabei tauchten auch viele Vulgarismen auf, die die Regierung scharf zum Rücktritt und zum Machtverzicht aufforderten. Beispielsweise wurde der Fluch »Fick die PiS« (»*jebać PiS*«) auf Plakaten auch in Form von acht, die Buchstaben signalisierenden Auslassungsternchen dargestellt (*****), wodurch die Grobheit des Schimpfwortes nicht direkt mitgeteilt, aber indirekt aufrechterhalten wurde. Weitere Forderungen und Slogans bezogen sich auf die Kirche, die nach Meinung der Teilnehmer des Streiks übermäßig auf die Politik in Polen Einfluss nimmt. Dies hatte zur Folge, dass viele Oppositionspolitiker dazu aufriefen, die Angriffe auf die Kirche einzustellen und die Ausdrucksweise zu mäßigen. Beispielsweise äußerte dies die ehemalige Präsidentschaftskandidatin der KO, Małgorzata Kidawa-Błońska, in den Medien, woraufhin ihre katholische und konservative Einstellung als Verrat an den Frauen und den Forderungen der Protestierenden nach Gleichstellung aufgefasst wurde. Zweifellos waren ihre Reaktion ebenso wie die Kommentare vieler, insbesondere männlicher, KO-Politiker, die die Protestierenden zur Mäßigung ihrer Ausdrucksweise und zur Einstellung ihrer Angriffe auf die Kirche aufriefen, Ausdruck dessen, dass sie das Wesen und das Ausmaß der Proteste nicht verstanden. Diese waren auch gegen alle politischen Kräfte gerichtet, welche die Trennung von Kirche und Staat bisher nicht vollzogen hatten, mit den Kirchenoberen »flirteten« und den Frauen und LGBT+-Personen keine vollständige Gleichberechtigung in der polnischen Gesellschaft garantierten, denn dies akzeptierte die Kirche nicht, die sich als Wächter des »traditionellen« Familienverständnisses versteht. Nicht bedeutungslos waren in diesem Zusammenhang auch mehrere Missbrauchsskandale, bei denen wichtige Vertreter der Kirche in Polen beteiligt waren (u. a. der zu Zeiten der *Solidarność*-Opposition geschätzte Kardinal Henryk Gulbinowicz, der des sexuellen Missbrauchs von Kindern beschuldigt wurde). Dies verstärkte die

negativen Emotionen gegenüber dieser Institution und unterstrich die Glaubwürdigkeit der Protestierenden. Festzuhalten ist allerdings auch, dass Vertreterinnen der Opposition, so Barbara Nowacka (KO), die von einem Polizisten mit Pfefferspray angegriffen wurde, obwohl sie ihren Abgeordnetenausweis zeigte, und Parlamentarierinnen der Linken (*Lewica*) wie Magdalena Biejat, an den Protesten teilnahmen, die Festgenommenen unterstützten, wesentliche Fragen und Themen des Landesweiten Frauenstreiks in die Parlamentsdebatten einbrachten und dies alles mit einem guten Gespür für die Situation taten. Gleichzeitig unterstrichen die Anführerinnen des Landesweiten Frauenstreiks, u. a. Marta Lempart, Klementyna Suchanow und Natalia Pancewicz, von Beginn an, dass sie nicht daran interessiert sind, an der Politik auf andere Weise teilzunehmen als in Form der Organisation von Protesten und des Kampfes für die Verwirklichung der Forderungen des Landesweiten Frauenstreiks. Das ist insofern wichtig, als die polnische Gesellschaft ein negatives Verhältnis zu politischen Parteien hat und ihnen nicht traut. Das hat zur Folge, dass Anregungen für eine politische Schärfung gesellschaftlich wesentlicher Forderungen in Polen einen negativen Beigeschmack haben, sogar wenn sie mit Blick auf die Umsetzungsmöglichkeiten der Forderungen einleuchtend sind. Aus diesem Grund sprachen die Organisatorinnen und Organisatoren der Proteste eher über gesellschaftliche Ideen der Komitees und Räte als über Gespräche mit Oppositionspolitikern über Möglichkeiten politischen Handelns. Interessant ist, dass das Gremium, das zielgerichtet die politischen Forderungen der Protestierenden ausarbeiten und die Art und Weise ihrer Umsetzung bestimmen soll, der »Konsultationsrat« wurde. Damit wird auf den Konsultationsrat in Belarus angespielt, der dort im Zusammenhang mit den allgemeinen Protesten gegen die mutmaßlich gefälschten belarussischen Präsidentenwahlen gegründet wurde. Selbst die Wahl der Vertreter des Konsultationsrates wurde Thema einer allgemeinen Debatte (und Kritik), was den großen Druck vor Augen führt, der die Organisatoren der Proteste begleitet.

Abstand – oder wir werden alle sterben

Abstand – oder wir werden alle sterben, dieser bekannte Ausspruch (eine Paraphrase eines Zitates aus dem Roman »Mit Feuer und Schwert« des polnischen Nationaldichters Henryk Sienkiewicz) meint nicht die Praxis des Abstand Haltens in Zeiten der Corona-Pandemie, sondern offenbart ein Kernelement der Demonstrationen, das heißt Distanz und Humor. Die Folge war, dass sich auch junge Menschen mit den Forderungen der Proteste identifizierten und die sozialen Medien genutzt wurden, um die interessantesten Slogans der Transparente und Schilder zu verbreiten. Dabei hatte das Spöttische der

Anti-Regierungsslogans auch zum Ziel, die Botschaft von der »Peinlichkeit« der Regierungsparteien zu unterstreichen, die insbesondere die jungen Menschen davon abhält, sie zu wählen. Ein ähnlicher Prozess hatte in den sozialen Medien schon vor den Parlamentswahlen im Jahr 2015 stattgefunden, wobei hier die *PO* Zielscheibe des Spottes gewesen war. Das Wahlergebnis zeigte, dass sich diese Strategie ausgezahlt hat, allerdings hatten sie damals die Spindoktoren der *PiS* ausgearbeitet, während es aktuell die jungen Menschen auf den Straßen sind, die auf diese Weise ihren Widerspruch gegen das Regierungshandeln zum Ausdruck bringen. Während der Demonstrationen kamen auch antikirchliche Slogans zum Einsatz, zum Beispiel »Wir sind die Enkel der Hexen, die ihr nicht geschafft habt zu verbrennen« oder »Wenn Ministranten schwanger werden würden, wäre Abtreibung ein Sakrament«.

Die Proteste sind nicht nur allgemein verbreitet, sondern haben auch eine wichtige Bedeutung insbesondere für junge Menschen, für die Politik noch nie attraktiv war und die zum Religionsunterricht vor allem aufgrund des gesellschaftlichen Drucks oder des Willens ihrer Eltern gingen. Die Proteste weckten eine antiklerikale Stimmung; die Zahl der Kirchenaustritte stieg deutlich ebenso wie der Verzicht auf den Religionsunterricht (was durch die Corona-Epidemie und den Fernunterricht noch unterstützt wurde). Das Interesse der jungen Menschen, insbesondere der jungen Frauen, an Fragen, die aus politischer Perspektive für sie wesentlich sind, beispielsweise Forderungen nach Gleichberechtigung, wuchs. Die Proteste mit ihren spöttischen Parolen erschufen auch einen neuen Personentypus, der neben konkreten und namentlich benannten Politikern des Regierungslagers in Verruf geriet. Es geht hier um die Personifizierung dessen, was die Protestierenden in der Politik nicht wollen, und zwar den einflussreichen Typen, sehr häufig Politiker und Mann, der meint, er sei anderen gegenüber moralisch überlegen, da er in der Endphase des kommunistischen Systems der Volksrepublik auf der richtigen Seite stand, der die katholische Kirche achtet und den Gerüchten über sexuellen Missbrauch durch Geistliche nicht glaubt, der Frauen protektionistisch behandelt. Die Bezeichnung »*dziaders*« für diesen Typ ist insofern politisch von Bedeutung, als er gleichermaßen Politiker der Opposition (z. B. Senatsmarschall Tomasz Grodzki oder Grzegorz Schetyna, beide aus der *KO*) meint als auch z. B. die ehemaligen Präsidenten des Verfassungstribunals, Andrzej Zoll und Andrzej Rzepliński, die die protestierenden Frauen wegen ihrer vulgären Sprache kritisierten und als ehemalige Präsidenten des *TK* ihre konservative Einstellung nicht verbargen. Eine oppositionelle Vergangenheit in der *Solidarność*, Bekanntschaften mit Bischöfen oder die Beteiligung an der moralischen Fundamentie-

rung des postkommunistischen Polen sind für die jungen Polen keine attraktiven Politikereigenschaften. Die gesellschaftliche Bewegung für eine kulturelle Veränderung und der Zugang der jungen Generation zur Politik hat bereits begonnen. Und auch wenn es keine Revolution ist, wird sich diese Entwicklung mit Sicherheit auf das Ergebnis der kommenden Parlamentswahlen niederschlagen, unabhängig davon, ob sie infolge der Probleme in der Regierungskoalition auf das Frühjahr 2021 vorverlegt oder regulär in drei Jahren stattfinden werden.

In Bewegung gesetzt

Die erste Protestwelle im Rahmen des Landesweiten Frauenstreiks rief eine recht unerwartete Reaktion von Jarosław Kaczyński hervor, der auf dem Facebook-Konto der *PiS* per Video dazu aufrief, die Kirchen zu schützen. Dabei wies er eine gefährliche Ähnlichkeit zu General Wojciech Jaruzelski auf, der 1981 in Polen das Kriegsrecht verhängt hatte. Es ist schwer zu sagen, inwieweit die Ähnlichkeit beabsichtigt war, aber auf Seiten der Protestierenden und der Opposition rief sie Mitleid und das Gefühl hervor, dass Kaczyński von der gesellschaftlichen Realität abgeschnitten sei, aber nach einer noch stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung strebe. Die polnische Gesellschaft ist ziemlich stark gespalten, was nicht einfach nur die politische Spaltung widerspiegelt, sondern auch das Ergebnis des Narrativs der *PiS* ist, das im Geiste von Carlo Schmitt den »Souverän« in Freunde und Feinde, »unsere« und »die anderen«, einteilt. Auch das Erbe der polnischen Teilungen beeinflusst noch die Spaltung und die Zeit der Volksrepublik Polen und der Transformation, die viele Polen in das Gefühl eines relativen Verlustes trieb sowie auch der Frustration und des Bewusstseins, Transformationsverlierer zu sein. Die Spaltung der Medien in regierungsfreundliche und regierungskritische verstärkt diese Situation. Kaczyński gelang es jedoch, den Ton der regierungsnahen Medien in der Berichterstattung über die Proteste zu verschärfen, gewaltbereite Gegendemonstranten (darunter auch katholische) zu mobilisieren, die bei den Protesten mitunter eine reale Bedrohung darstellten, und schließlich die Maßnahmen der Polizei gegenüber den Protestierenden zu radikalisieren, was insbesondere bei den Protesten Ende November zutage trat.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Kantar« vom 19. November 2020 unterstützten über 70 Prozent der Befragten die Proteste der Frauen und 13 Prozent nahmen an ihnen aktiv teil. Das ist das höchste Ergebnis seit einigen Jahrzehnten. Die gesellschaftliche Bewegung, die sich infolge des Urteils des Verfassungstribunals formierte, hat also ein großes politisches Potential. Mehr noch, die Proteste bewirkten – sicherlich unterstützt durch die Pandemie-Situation – einen Rückgang der Unterstützung für die *PiS* und die

Partei Konföderation in den Meinungsumfragen sowie wachsende Zustimmung für Szymon Hołownia und die Bürgerkoalition. Um allerdings auf eine tatsächliche politische Veränderung Einfluss nehmen zu können, bedarf es den klassischen Theorien von Charles Tilly, Alain Touraine und Robert Putnam zufolge einiger wesentlicher Entscheidungen, Handlungen, aber auch Umstände, die unter den Bedingungen der pandemiebedingten Beschränkungen sowie der Verletzung demokratischer Grundrechte schwerlich auszumachen sind.

Erstens müssen sich die regierenden Akteure von der gesellschaftlichen Bewegung deutlich bedroht fühlen, damit sie deren Forderungen in ihrem Handeln berücksichtigen, während die Forderungen selbst zumindest teilweise relativ ungefährlich für die Regierenden sein müssen. Hier wird bereits die erste Schwierigkeit des Landesweiten Frauenstreiks sichtbar, der im Rahmen des Konsultationsrates eine ganze Reihe von Forderungen aufstellte, u. a. nach vollen Rechten für Frauen und LGBT+-Personen, einem säkularen Staat, Rechtsstaatlichkeit, Verbesserungen im Gesundheitswesen, einer fundierten Bildung, freien Medien und Verbesserungen für Kinder. Die Anzahl und der thematische Umfang der Forderungen scheinen darauf hinzuweisen, dass die Mitglieder des Konsultationsrates versuchen, mit ihren Forderungen eine größtmögliche Anzahl von Bürgern zu erreichen, um auf diese Weise die Chance auf eine allgemeine Identifikation mit den Forderungen zu erhöhen. Unterdessen hat die *PiS* nicht nur den antidemokratischen Kurs nicht abgemildert, sondern ihn noch verschärft: Sie drohte, bei der Verabschiedung des EU-Haushaltspakets – dieses umfasst auch ein Corona-Hilfsprogramm für die EU-Mitgliedsstaaten –, ein Veto einzulegen, und sie übernahm mit Hilfe des staatlichen Ölkonzerns Orlen einen Herausgeber der lokalen Presse, die ca. 17 Millionen Polen erreicht. Es ergibt sich daher die zweite Frage, und zwar nach dem Austausch der Eliten, die dann eine Umsetzung der Forderungen vornehmen können. Hier ist allerdings die Zusammenarbeit mit der Opposition notwendig. Diese aber beelit sich in Zeiten der Corona-Pandemie nicht, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Opposition

in Polen scheint nicht zu verstehen, dass die Zeit gegen die Regierung arbeitet, die Schwächen im Umgang mit der Pandemie zeigt, aber auch gegen die Opposition, die infolge undemokratischer Methoden der Regierung (z. B. Ausnutzung der Medien zu propagandistischen Zwecken, Wahlkreisschiebung, Austausch von Richtern zu Gunsten kompromissbereiter und nachgiebiger Funktionsträger) die Möglichkeit verlieren kann, künftige Wahlen zu gewinnen. Die gesellschaftliche Bewegung selbst brachte keine einschlägigen Führungspersonen hervor und das war auch nicht ihr Ziel, obgleich einige Anführerinnen des Landesweiten Frauenstreiks vielleicht bei den kommenden Wahlen ins Parlament einziehen könnten.

Es sieht allerdings aktuell so aus, dass die polnische Politik in der nächsten Zeit vor allem von Faktoren beeinflusst wird, für welche die gesellschaftliche Bewegung nur Beiwerk im Hintergrund ist (auch wenn sie langfristig eine größere Rolle schon vor den Wahlen spielen kann). Faktoren wie eine Wendung in der Regierungskoalition, beispielsweise infolge des heftigen Konfliktes zwischen Kaczyński und Ziobro, der radikale politische Entscheidungen wie vorgezogene Wahlen zur Folge haben kann, der entzündete Streit mit der Europäischen Union, bei dem diese Schritte unternimmt, die auf die politische Bühne in Polen Einfluss haben, die Entwicklung der Corona-Pandemie in Richtung eines vollständigen Kontrollverlustes der Regierung oder aber auch ein vollkommen unvorhersehbarer Faktor, der sog. »game changer«. Wahrscheinlich ist allerdings das Szenario, dass sich die *PiS* (mit dem mehr oder weniger untergeordneten Zbigniew Ziobro) eine langjährige Regierungsdauer mit undemokratischen Methoden sichert und die Proteste, auch wenn sie nicht erlöschen, keinen realen Einfluss auf eine politische Veränderung nehmen, sondern nur eine langsame kulturelle Veränderung zeitigen. Allerdings weist alles darauf hin, dass sich die Zeiten, in denen Jarosław Kaczyński die politische Situation in Polen vollständig kontrollierte, dem Ende nähern.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Dr. habil. Renata Mieñkowska-Norkiene ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich für Politische Wissenschaften und Internationale Studien der Universität Warschau (*Wydział Nauk Politycznych i Studiów Międzynarodowych, Uniwersytet Warszawski*) und kommentiert Ereignisse der polnischen Politik in in- und ausländischen Medien.

Das Netzwerk »Landesweiter Frauenstreik«

Über uns

Wir sind eine von unten kommende, unabhängige gesellschaftliche Bewegung wütender Frauen und uns unterstützender vernünftiger Männer. Wir protestieren und setzen uns für Frauenrechte, Demokratie und ein Polen für alle ein, indem wir in über 150 Städten in Polen aktiv sind – 90 Prozent davon sind Städte mit weniger als 50.000 Einwohnern, was unsere größte Stärke und unser größter Stolz ist.

Wir sind eine informelle, zu keiner Partei gehörende Initiative von Frauen, die unabhängig sind bzw. verschiedenen Frauenorganisationen angehören. Wir haben am 3. Oktober 2016 den Landesweiten Streik der Frauen – Schwarzer Montag in über 200 Städten in Polen und im Ausland organisiert. Unsere »schwarzen Proteste« führten dazu, dass die Regierungspartei sich vom Projekt des vollständigen Abtreibungsverbotes, das im Sejm verhandelt wurde, distanzierte. Den Erfolg verdanken wir der maximalen Verbreitung unseres Protestes und dem Umstand, dass jede Frau in Polen die Angelegenheit in ihre Hände nehmen konnte.

Der Landesweite Streik der Frauen am 3. Oktober 2016 schrieb sich in eine Serie von Frauenprotesten in verschiedenen Staaten ein – kurz danach gingen u. a. Koreanerinnen, Russinnen und Einwohnerinnen vieler lateinamerikanischer Städte auf die Straße und so wurde der Internationale Frauenstreik geboren, eine Koalition von Frauen aus über 60 Ländern der Welt! Wir finden, dass die Frauen eine Kraft sind, die den Marsch des Populismus und Neofaschismus durch die Welt aufhalten kann – schließlich sind wir überall.

Helpdesk, keine »Zentrale«

Wir haben weder eine Zentrale noch einen Vorstand, sondern nur ein *helpdesk*, ein landesweites Unterstützungskomitee, das von Marta Lempart und Natalia Pancewicz geleitet wird. Das *helpdesk* ist zuständig für die Einwerbung, Verteilung und Abrechnung der Mittel für unsere Aktivitäten, für die Bereitstellung visueller Erkennungszeichen und weiteren Materials (Plakat- und Flugblattentwürfe, Fahnen, Transparente, Anstecker), für die Unterstützung bei der Erledigung von Formalitäten und anderen Schwierigkeiten, für die Gewährleistung der Wiedererkennbarkeit und Präsenz der Idee und des Symbol des Streiks in den Medien, für die Bedienung der Sozialen Medien und der traditionellen Medien. [...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Strajk kobiet [Frauenstreik]: O nas [Über uns]. <http://strajkkobiet.eu/> (abgerufen am 2.12.2020).

Forderungen

Wir fordern:

1. volle Fortpflanzungsrechte

- Aufrechterhaltung der Betreuungsstandards rund um die Geburt
- Zugang zu moderner kostenloser Verhütung und Sterilisation
- Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen
- Zuschüsse zu In-vitro Fertilisation
- pränatale Untersuchungen der neuesten Generation

2. einen Staat frei von Aberglauben

- fundierte Sexualerziehung
- Schulbildung, die den wissenschaftlichen Erkenntnissen entspricht
- medizinische Betreuung, nicht vatikanische
- Streichung der sog. »Gewissensklausel«
- Religionsunterricht in den Kirchengemeinden und auf Kosten der Kirche
- eine unabhängige Kommission zu Missbrauchsfällen in der Kirche
- harte Strafen für Täter und für Personen, die Schuld sind am Verbergen von pädophilen Straftaten in der Kirche

3. Inkrafttreten und Anwendung der Anti-Gewalt-Konvention

- die Verlagerung der öffentlichen Finanzierung: weg von der Kirche hin zu Organisationen, die sich im Kampf gegen Gewalt gegenüber Frauen und gegen häusliche Gewalt einsetzen
- schonungslose Verfolgung und Bestrafung von Tätern häuslicher Gewalt
- schonungslose Verfolgung von Vergewaltigern und Umsetzung von Maßnahmen, die eine sekundäre Viktimisierung verhindern
- Schutz der Opfer und Isolierung der Täter
- Zusammenarbeit der Regierung mit Nichtregierungsorganisationen bei der Umsetzung der Anti-Gewalt-Konvention
- Verfolgung von Hasssprache als Quelle von Gewalt

4. Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Frauen

- eine Rentenabsicherung für die unbezahlte Arbeit der Frauen
- eine reale Absicherung für Familien mit behinderten Familienmitgliedern
- die wirksame Einziehung von Unterhaltszahlungen durch den Staat und die Bestrafung von Zahlungsunwilligen
- die Anhebung der Berechtigungsgrenze für Leistungen aus dem Unterhaltsfonds auf die Höhe des mittleren Einkommens
- gleiche Löhne unabhängig vom Geschlecht

5. Polen für alle

- ein Polen, das ein Rechtsstaat ist, in dem es freie Gerichte, freie Wahlen und freie Medien gibt
- ein Polen, in dem die Menschenrechte für alle gelten, inklusiv Frauen, LGBTQIA+-Personen, Menschen mit Behinderungen, nationale, ethnische und religiöse Minderheiten, Senioren, wirtschaftlich schlechter gestellte Menschen
- ein Polen, in dem Organisationen illegal sind, die sich auf Faschismus und Nationalsozialismus berufen, und in dem Maßnahmen gegen die Militarisierung der Gesellschaft unternommen werden
- ein Polen in der Europäischen Union

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Anm.: Die Anti-Gewalt-Konvention meint die »Istanbul-Konvention«, d. h. das »Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«.

Quelle: Strajk kobiet [Frauenstreik]: Postulaty [Forderungen]. <http://strajkkobiet.eu/> (abgerufen am 2.12.2020).

Erklärung des Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Duda, zum Urteil des Verfassungstribunals über das Abtreibungsrecht sowie zu den gesellschaftlichen Reaktionen

Warschau, 30. Oktober 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Urteil des Verfassungstribunals vom 22. Oktober, das eine der drei Voraussetzungen, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch in Polen erlauben, für verfassungswidrig erklärt, rief enorme gesellschaftliche Emotionen hervor. Ich persönlich vertrete die Ansicht, dass eine sogenannte eugenische Abtreibung nicht mit der Verfassung vereinbar ist, das habe ich viele Male öffentlich gesagt. Das Recht auf Leben ist ein Wert, der vorbehaltlos geschützt werden muss und der in keinerlei Weise in unbehinderte und behinderte Kinder ausdifferenziert werden darf, z. B. Kinder mit dem Down-Syndrom. Dies ergibt sich direkt aus der Verfassung, Art. 38: Die Republik Polen garantiert jedem Menschen den rechtlichen Schutz des Lebens.

Das Urteil des Verfassungstribunals führte allerdings auch zu einer Situation, in der eine Abtreibung im Falle sog. tödlicher Schäden des Fötus nicht mehr möglich ist, wenn klar ist, dass das Kind nicht imstande sein wird, nach der Geburt weiterzuleben. Diese Situation ist außerordentlich heikel und schmerzhaft für jede Mutter, für alle Eltern. Im Falle tödlicher Schäden ist der Tod des Kindes unabwendbar. Der Schutz seines Lebens liegt folglich außerhalb der menschlichen Macht.

Ich verstehe die Frauen und ihre Ängste, die sich aus dieser Situation ergeben. In den vergangenen Tagen habe ich mit vielen von ihnen über dieses Thema gesprochen sowie auch mit zahlreichen Experten, Ärzten und Juristen. Nach diesen Konsultationen habe ich mich entschlossen, dem Sejm der Republik Polen einen Änderungsentwurf für das Gesetz über die Familienplanung, den Schutz des menschlichen Fötus und die Bedingungen für die Zulässigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs vorzulegen. Unter Berücksichtigung der Weisung des Verfassungstribunals sieht der Entwurf die Einführung einer neuen Prämisse vor, welche die Möglichkeit des verfassungskonformen Schwangerschaftsabbruchs allein in dem Falle des Auftretens der sog. tödlichen Schäden wiederherstellt, wenn die pränatalen Untersuchungen oder andere medizinischen Indikationen auf die hohe Wahrscheinlichkeit hinweisen, dass das Kind tot geboren wird oder mit einer unheilbaren Krankheit oder einem Schaden, der unvermeidlich und unmittelbar zum Tod des Kindes führt, ungeachtet der angewandten therapeutischen Maßnahmen.

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes werden im polnischen Recht weiterhin drei Prämissen für den legalen Schwangerschaftsabbruch gelten: die Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Mutter, Vergewaltigung oder Inzest sowie ein schwerer und unumkehrbarer Schaden des Fötus, der zum Tod des Kindes führen würde. Dies gibt den Kern des sog. Abtreibungskompromisses aus dem Jahr 1993 wieder und stimmt mit den Urteilen des Verfassungstribunals überein. Ich zähle auf einen breiten politischen Konsens in dieser Angelegenheit, insbesondere weil sich für die Unterstützung einer ähnlichen rechtlichen Lösung Vertreter verschiedener Parteien ausgesprochen haben, sowohl der Vereinigten Rechten [*Zjednoczona Prawica*, das ist die Regierungskoalition, Anm. d. Übers.] als auch der Opposition. Eine solche Lösung unterstützt auch die Mehrheit der Polen.

Unabhängig von den rechtlichen Änderungen müssen wir der Familie sowie den alleinerziehenden Müttern mit behinderten Kindern besonderen Schutz gewähren. Die Geburt und die Erziehung eines behinderten Kindes ist ein großer Akt elterlicher Liebe vonseiten jeder Mutter, eines jeden Elternteils. Der Staat kann diese Menschen nicht allein lassen. Er muss ihnen umfangreiche Unterstützung zuteilwerden lassen. Ich werde von der Regierung und dem Parlament fordern, zusätzliche Mittel zu finden, um diesen Menschen finanzielle, medizinische, psychologische sowie rechtliche Hilfe zu garantieren.

Ich rufe auch alle Politiker, öffentlichen Personen sowie Millionen Polen auf, die Ansichten des anderen zu respektieren und die gesellschaftlichen Emotionen zu reduzieren. Wir unterscheiden uns und werden uns unterscheiden, aber wir müssen in der Lage sein, miteinander zu reden.

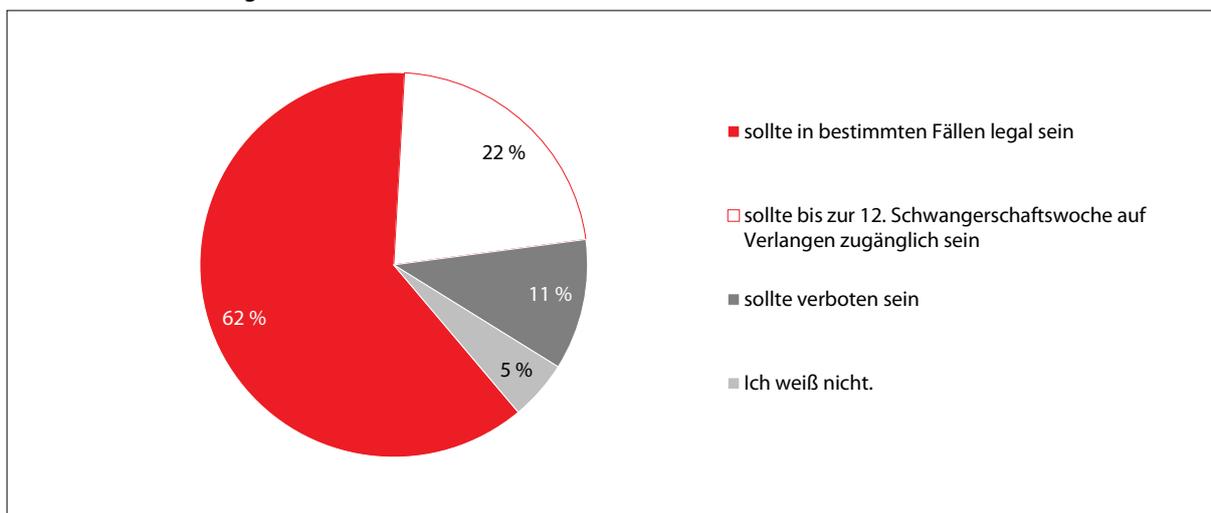
Andrzej Duda

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,1191,oswiadczenie-prezydenta-rp.html> (abgerufen am 02.12.2020).

Einstellungen zu Abtreibung und zu den Frauenprotesten

Grafik 1: Abtreibung in Polen...

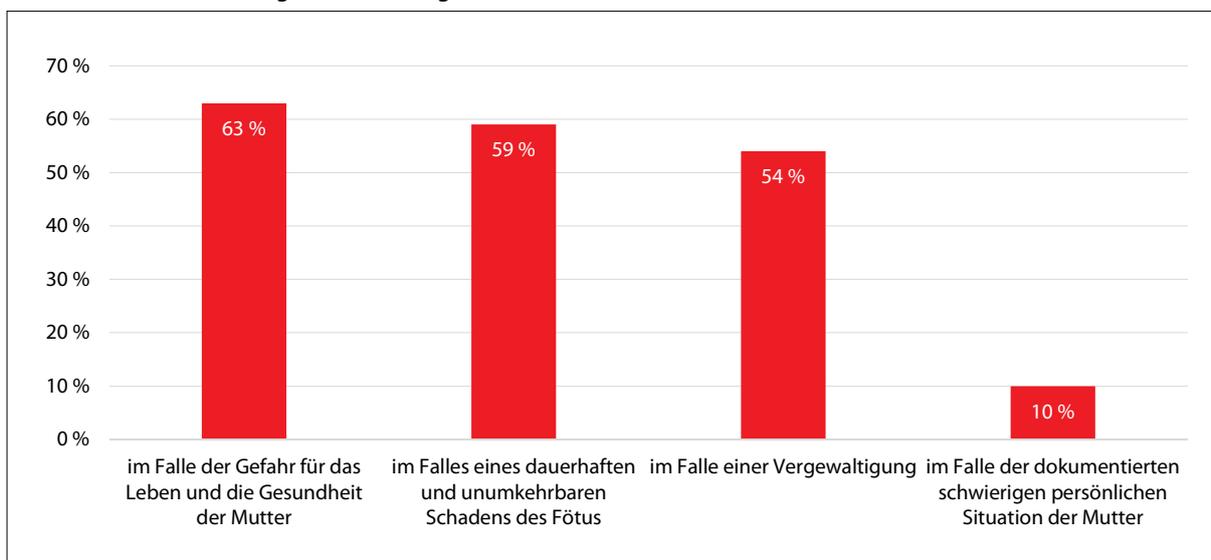


Umfrage durchgeführt von Kantar für Gazeta Wyborcza, 26.–27.10.2020, 1.000 Personen

Anm.: Das polnische Verfassungstribunal hat am 22. Oktober 2020 geurteilt, dass Abtreibungen von Föten mit schweren Schäden nicht verfassungskonform sind. Legal sind Abtreibungen, wenn die Schwangerschaft das Leben und die Gesundheit der Mutter gefährdet bzw. die Schwangerschaft aus einer Straftat (Vergewaltigung, Inzest) hervorging. Nach dem Urteilsspruch kam es zu Massenprotesten im ganzen Land, die aktuell andauern.

Quelle: <https://tvn24.pl/polska/aborcja-sondaz-kantar-czy-aborcja-powinna-byc-w-polsce-legalna-4734145> (abgerufen am 11.12.2020).

Grafik 2: Unterstützung für Abtreibung

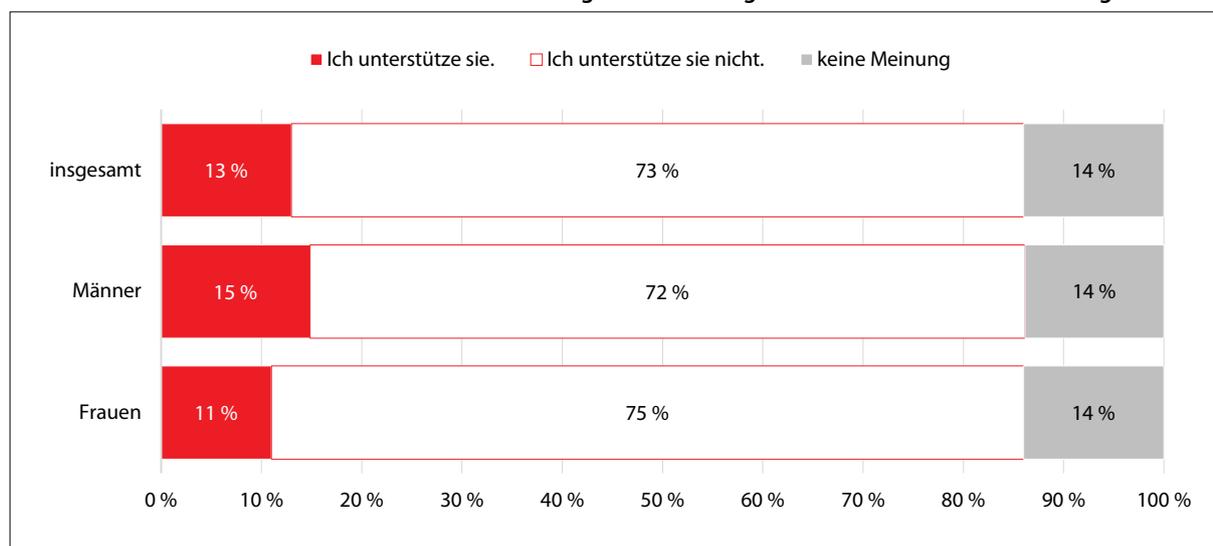


Umfrage durchgeführt von Kantar für Gazeta Wyborcza, 26.–27.10.2020, 1.000 Personen

Anm.: Das polnische Verfassungstribunal hat am 22. Oktober 2020 geurteilt, dass Abtreibungen von Föten mit schweren Schäden nicht verfassungskonform sind. Legal sind Abtreibungen, wenn die Schwangerschaft das Leben und die Gesundheit der Mutter gefährdet bzw. die Schwangerschaft aus einer Straftat (Vergewaltigung, Inzest) hervorging. Nach dem Urteilsspruch kam es zu Massenprotesten im ganzen Land, die aktuell andauern.

Quelle: <https://tvn24.pl/polska/aborcja-sondaz-kantar-czy-aborcja-powinna-byc-w-polsce-legalna-4734145> (abgerufen am 11.12.2020).

Grafik 3: Wie beurteilst Du die aktuelle Entscheidung des Verfassungstribunals zum Thema Abtreibung?

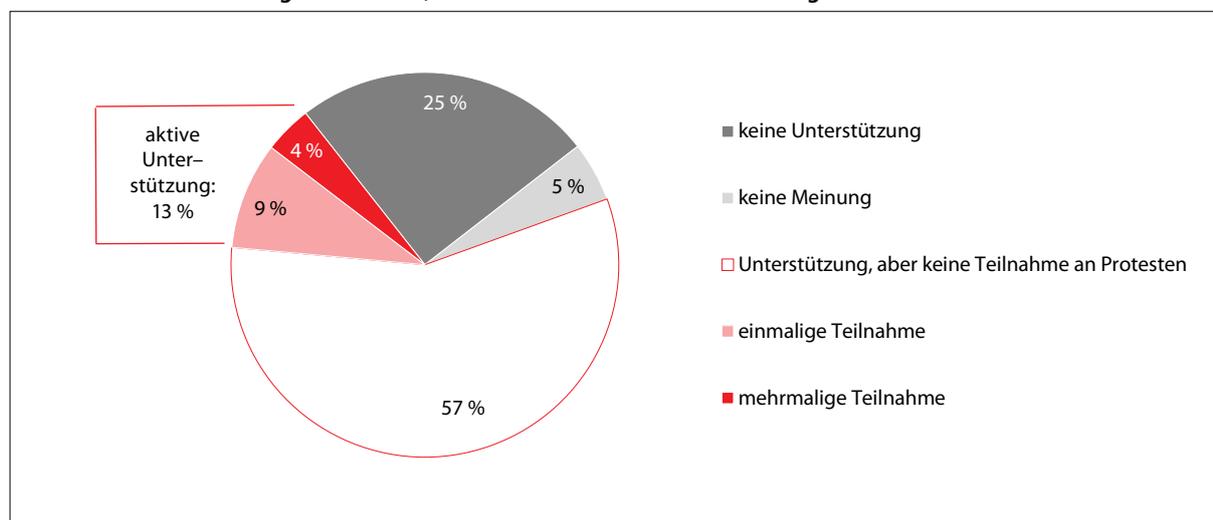


Umfrage durchgeführt von Kantar für Gazeta Wyborcza, 26.–27.10.2020, 1.000 Personen

Anm.: Das polnische Verfassungstribunal hat am 22. Oktober 2020 geurteilt, dass Abtreibungen von Föten mit schweren Schäden nicht verfassungskonform sind. Legal sind Abtreibungen, wenn die Schwangerschaft das Leben und die Gesundheit der Mutter gefährdet bzw. die Schwangerschaft aus einer Straftat (Vergewaltigung, Inzest) hervorging. Nach dem Urteilsspruch kam es zu Massenprotesten im ganzen Land, die aktuell andauern.

Quelle: <https://tvn24.pl/polska/aborcja-sondaz-kantar-czy-aborcja-powinna-byc-w-polsce-legalna-4734145> (abgerufen am 11.12.2020).

Grafik 4: Unterstützung der Proteste, die vom Netzwerk »Frauenstreik« organisiert wurden*



Umfrage durchgeführt von Kantar, 6.–12.11.2020, 1.010 Personen, CAPI-Methode

*Frauenstreik/Strajk Kobiet

Anm.: Das polnische Verfassungstribunal hat am 22. Oktober 2020 geurteilt, dass Abtreibungen von Föten mit schweren Schäden nicht verfassungskonform sind. Legal sind Abtreibungen, wenn die Schwangerschaft das Leben und die Gesundheit der Mutter gefährdet bzw. die Schwangerschaft aus einer Straftat (Vergewaltigung, Inzest) hervorging. Nach dem Urteilsspruch kam es zu Massenprotesten im ganzen Land, die aktuell andauern.

Quelle: <https://wiadomosci.dziennik.pl/wydarzenia/artykuly/8014621,strajk-kobiet-poparcie-nowy-sondaz.html> (abgerufen am 11.12.2020).

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 14. Dezember 2020, Johns-Hopkins-Universität)

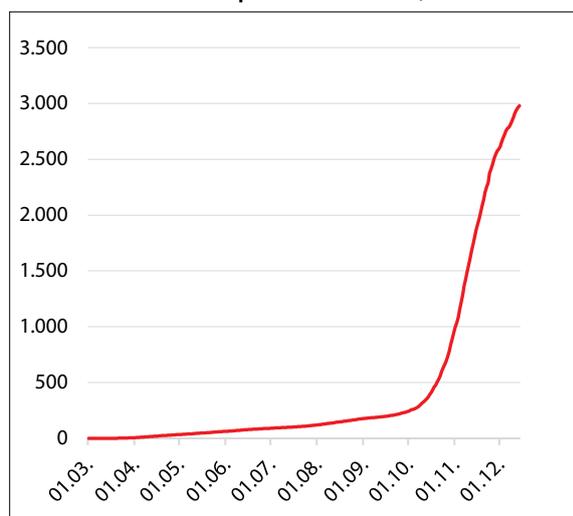


Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (1. – 14. Dezember 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
01.12.	999.924	9.113
02.12.	1.013.747	13.823
03.12.	1.028.610	14.863
04.12.	1.041.846	13.236
05.12.	1.054.273	12.427
06.12.	1.063.449	9.176
07.12.	1.067.870	4.421
08.12.	1.076.180	8.310
09.12.	1.088.346	12.166
10.12.	1.102.096	13.750
11.12.	1.115.201	13.105
12.12.	1.126.700	11.499
13.12.	1.135.676	8.976
14.12.	1.140.572	4.896

Für die Zahlen vom 01.03.–30.11.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –266.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.12.2020, 14:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 14. Dezember 2020, Johns-Hopkins-Universität)

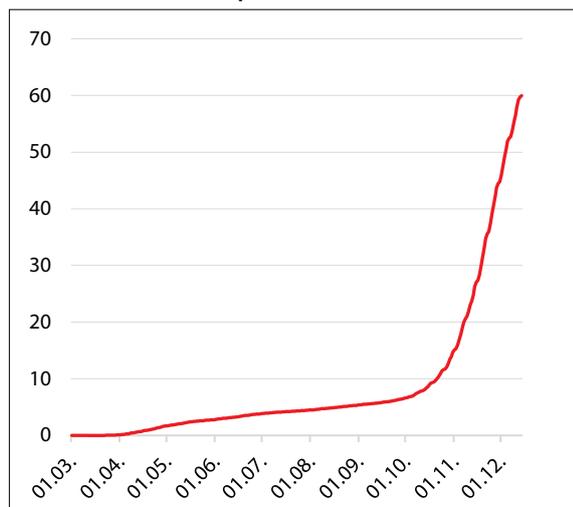


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (1. – 14. Dezember 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
01.12.	17.599	449
02.12.	18.208	609
03.12.	18.828	620
04.12.	19.359	531
05.12.	19.861	502
06.12.	20.089	228
07.12.	20.181	92
08.12.	20.592	411
09.12.	21.160	568
10.12.	21.630	470
11.12.	22.174	544
12.12.	22.676	502
13.12.	22.864	188
14.12.	22.960	96

Für die Zahlen vom 01.03.–30.11.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –266.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.12.2020, 14:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (14. Dezember 2020, 10.30 Uhr)



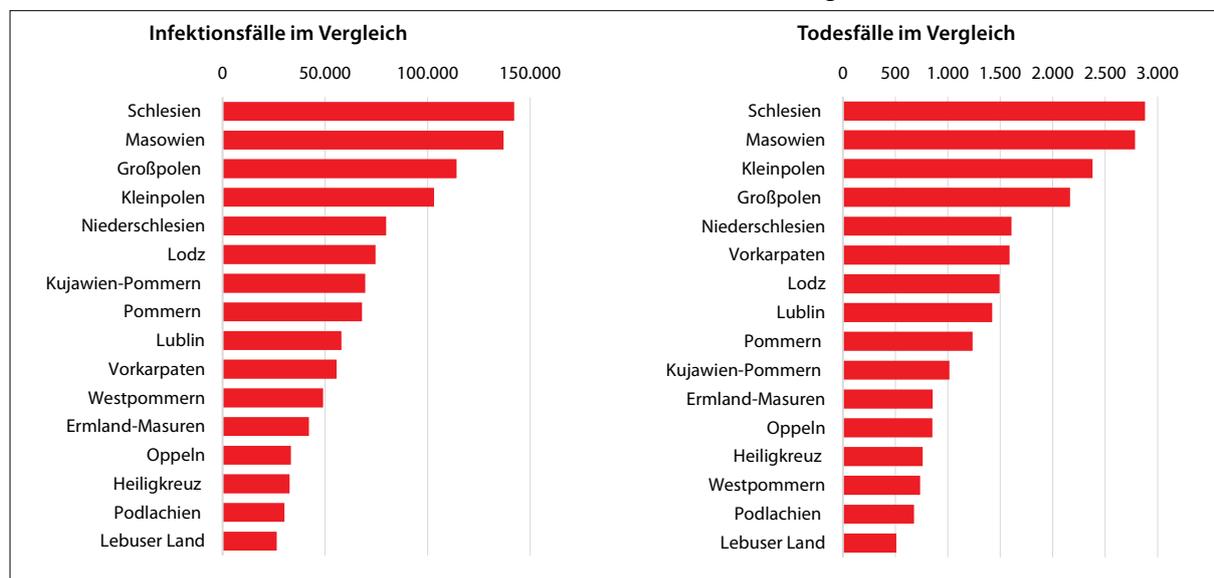
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-14-grudnia-2020-4344739> (abgerufen am 14.12.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 nach Woiwodschaften (14. Dezember 2020, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-14-grudnia-2020-4344739> (abgerufen am 14.12.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (14. Dezember 2020, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-14-grudnia-2020-4344739> (abgerufen am 14.12.2020)

Tabelle 1: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (14. Dezember 2020, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	42.111	857
Großpolen (wielkopolskie)	114.138	2.165
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	32.692	760
Kleinpolen (małopolskie)	103.071	2.379
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	69.632	1.014
Lebuser Land (lubuskie)	26.468	508
Lodz (łódzkie)	74.628	1.493
Lublin (lubelskie)	57.923	1.422
Masowien (mazowieckie)	137.029	2.783
Niederschlesien (dolnośląskie)	79.794	1.607
Oppeln (opolskie)	33.304	854
Podlachien (podlaskie)	30.118	679
Pommern (pomorskie)	68.013	1.235
Schlesien (śląskie)	142.164	2.879
Vorkarpaten (podkarpackie)	55.655	1.589
Westpommern (zachodniopomorskie)	48.937	736

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-14-grudnia-2020-4344739> (abgerufen am 14.12.2020)

Covid-19-Chronik, 1. – 14. Dezember 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
01.12.2020	999.924/17.599	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Vertretern der Selbstverwaltung in Karpacz (Woiwodschaft Niederschlesien/województwo dolnośląskie) unterstreicht Gregorz Schetyna, ehemaliger Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Abgeordneter der Fraktion der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), dass die KO die Regierung von der Notwendigkeit weiterer Hilfsmaßnahmen für die Gastro- und Tourismusbranche überzeugen wolle. Sie zu stützen sei polnische Staatsräson. Der Stadtpräsident von Hirschberg (Jelenia Góra) sagt, ein Bankrott der von Familienbetrieben dominierten Tourismusbranche infolge der Restriktionen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hätte letztlich auch den Bankrott der Selbstverwaltung zur Folge. Der Bürgermeister von Karpacz, Radosław Jęcek, kritisiert die Ankündigung der Regierung, dass die Winterferien landesweit im selben Zeitraum im Januar stattfinden werden. Er spricht sich für eine Entzerrung bis März aus, da andernfalls die Hygieneregeln bei hohem Touristenverkehr nicht eingehalten werden können.
02.12.2020	1.013.747/18.208	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass Polen Verträge über den Kauf von insgesamt über 45 Mio. Impfgaben gegen das Corona-Virus mit den Pharmaunternehmen Pfizer und BioNTech, Johnson & Johnson und AstraZeneca unterzeichnet hat. Polen sei bereit, weitere Lieferverträge zu schließen und warte auf das Signal der Europäischen Kommission. Die Impfung soll freiwillig und kostenlos sein. An erster Stelle soll sich das medizinische Personal impfen lassen können, weiter das Pflegepersonal in Alters- und Pflegeheimen, die uniformierten Dienste und an vierter Stelle Menschen ab dem 65. Lebensjahr (das sind ca. 6,5 Mio. Personen).
03.12.2020	1.028.610/18.828	Der Senat leitet einen Gesetzesentwurf an den Sejm weiter, der weitere Hilfsmaßnahmen für Unternehmen vorsieht, die aufgrund der Corona-Pandemie ihre Tätigkeit reduzieren oder einstellen mussten. U. a. wird vorgeschlagen, dass staatliche Mittel bereitgestellt werden, damit Unternehmen ihre Leasinggebühren und Versicherungen weiter bezahlen können.
04.12.2020	1.041.846/19.359	Das Bildungsministerium gibt bekannt, dass in den Winterferien, die dieses Jahr aufgrund der Corona-Epidemie landesweit gleichzeitig stattfinden (4.–17. Januar), für die Schüler der Klassen 1 bis 4 eine Ferienbetreuung mit Gruppen von max. zwölf Kindern durchgeführt werden darf. Damit sei auf eine Bitte der Eltern eingegangen worden.
05.12.2020	1.054.273/19.861	
06.12.2020	1.063.449/20.089	
07.12.2020	1.067.870/20.181	Die Sejmfraktion der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) beantragt bei der Obersten Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) eine dringende Kontrolle des Notkrankenhauses im Warschauer Zentralstadion, das auf Anweisung der Regierung zur Behandlung von Covid-19-Patienten eingerichtet wurde. Auf einer Pressekonferenz teilen die KO-Abgeordneten Cezary Tomczyk, Michał Szczerba und Dariusz Joński mit, dass zu dem Krankenhaus noch keine Verträge abgeschlossen worden seien, obwohl es seit 50 Tagen arbeitet. Außerdem hätten sich bei ihren Recherchen finanzielle Unstimmigkeiten und Fragen zur Auslastung ergeben, die von der NIK überprüft werden müssten.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
08.12.2020	1.076.180/20.592	Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, unterstreicht in einem Brief an Ministerpräsident Mateusz Morawiecki die Bedeutung des Weihnachtsfestes für die Christen und bittet darum, dass ab Heiligabend die Anzahl der Personen in der Kirche erhöht werden darf – von 1 Person pro 15 qm auf 1 Person pro 7 qm. In der aktuellen politischen und öffentlichen Diskussion über die Weihnachtszeit unter den Bedingungen der herrschenden Corona-Epidemie werde die Festzeit darauf reduziert, Einkäufe zu machen, wofür mancherorts sogar auf die freien Sonntage verzichtet wird. Weiter weist Gądecki darauf hin, dass die Regierung einen gefährlichen Präzedenzfall zulasse, wenn sie die Möglichkeit der öffentlichen Religionsausübung beschränkt. Diesen können zukünftig Regierungen ausnutzen, die der Religion und der Kirche gegenüber feindselig eingestellt sind.
08.12.2020		Die Vizeministerin für Entwicklung, Arbeit und Technologie, Olga Semeniuk, teilt mit, dass Gespräche darüber stattfinden, ob Sonntag, der 27. Dezember zum verkaufsoffenen Sonntag erklärt werden soll. Aktuell gilt dies für die Sonntage am 6., 13. und 20. Dezember. Argumentiert wird, dass mit verkaufsoffenen Sonntagen in der Weihnachtszeit die Corona-Abstands- und Hygienemaßnahmen in den Geschäften besser eingehalten werden können, weil sich der Kundenandrang entzerrt, und die Wirtschaft unterstützt wird.
09.12.2020	1.088.346/21.160	
10.12.2020	1.102.096/21.630	In einer Aussprache im Sejm über die aktuelle Lage der Corona-Epidemie in Polen teilt Gesundheitsminister Adam Niedzielski mit, dass Polen Verträge über die Lieferung von knapp 62 Mio. Impfgaben abgeschlossen hat. Die Impfungen werden voraussichtlich das ganze Jahr 2021 dauern, da die Lieferungen zeitlich versetzt eintreffen werden.
11.12.2020	1.115.201/22.174	Die Abgeordneten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Michał Szczerba und Dariusz Joński führen im Gesundheitsministerium eine weitere Kontrolle des Kaufvorgangs von mehr als 1.200 Beatmungsgeräten bei der Firma E&K aus Lublin im April 2020 durch. Diese wurden zur Bekämpfung der Corona-Epidemie geordert. Bisher wurden nur 200 Stück geliefert, aber es war bereits eine Anzahlung in Höhe von 154 Mio. Zloty (bei einer Gesamtsumme von 200 Mio. Zloty) getätigt worden. Szczerba und Joński werfen dem damaligen Gesundheitsminister und seinem Stellvertreter, Łukasz Szumowski und Janusz Cieszyński, Pflichtverletzung vor, da sie ab einer Vertragssumme von 100 Mio. Zloty den Kaufvertrag von der Generalstaatsanwaltschaft hätten überprüfen lassen müssen. Dies wurde jedoch nicht realisiert. Szczerba und Joński kündigen eine Anzeige bei der Generalstaatsanwaltschaft an.
12.12.2020	1.126.700/22.676	Die Frist für Stellungnahmen, Vorschläge etc. für das »Nationale Impfprogramm gegen Covid-19« endet am selben Tag. Über 2.000 seien eingegangen, zusätzlich hätten Beratungen mit Verbänden der Ärzte, des Pflegepersonals, der Apotheker, Pharmazeuten u. a. stattgefunden, teilt Michał Dworczyk, Regierungsbeauftragter für die Impfungen und Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, mit. In der kommenden Woche soll eine vorläufige Landkarte der Impfbereitschaft vorgestellt werden. Zurzeit werde davon ausgegangen, dass monatlich 3,4 Mio. Impfungen durchgeführt werden können.
13.12.2020	1.135.676/22.864	
14.12.2020	1.140.572/22.960	Regierungssprecher Müller sagt vor dem Hintergrund des erneut beschlossenen Lockdowns in Deutschland und Litauen, dass die Krisenstäbe der polnischen Regierung bis Weihnachten keine weiteren Verschärfungen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie vorgesehen haben. Mit Blick auf die im kommenden Jahr beginnende Corona-Impfung sagt er, jeder Tag mehr an epidemiebedingten Einschränkungen, der daraus resultiert, dass sich wenige Menschen impfen lassen, bedeute Verluste für die Wirtschaft und koste Arbeitsplätze. Laut Impfkonzert der Regierung sollen zunächst jedoch die medizinischen Berufe, die uniformierten Dienste und an dritter Stelle die Senioren geimpft werden.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, Stand: 14.12.2020, 14:26 Uhr

1. – 14. Dezember 2020

01.12.2020	Der Koalitionsrat der Vereinigten Rechten (Zjednoczna Prawica) thematisiert die Verhandlungssituation des EU-Haushaltspaketes. Dieses besteht aus dem mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021 bis 2027) und einem Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie. Die Auszahlung soll an die Einhaltung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden, wogegen Polen und Ungarn als einzige EU-Mitgliedsländer mit Veto drohen. Der Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Ryszard Terlecki, sagt nach der Sitzung des Koalitionsrates, es bestehe Einvernehmen in der Koalition über die Notwendigkeit, die politische und wirtschaftliche Souveränität Polens zu verteidigen. Wenn möglich, wolle Polen ein Veto vermeiden, dafür müsse jedoch auf den künftig vorgesehenen Rechtsstaatmechanismus verzichtet werden. Bereits Ende der vergangenen Woche sagte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, er habe Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Telefonat mitgeteilt, dass Polen eine Lösung in dieser Angelegenheit erwarte, und seine Bereitschaft, ein Veto einzulegen, bekräftigt. Deutschland hat zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne. Sollte ein Land ein Veto gegen das Haushaltspaket einlegen, kann es nicht verabschiedet werden.
02.12.2020	Der polnische Außenminister Zbigniew Rau, die belarussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja und Bundesaußenminister Heiko Maas eröffnen das XVII. Minsk Forum »Belarus im Umbruch. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven«, das aufgrund der herrschenden Corona-Pandemie online stattfindet. Auf dem Programm stehen die Diskussion über die belarussische Protestbewegung und die »Wege aus der politischen Sackgasse« sowie über Perspektiven der Kooperation zwischen Belarus und seinen Nachbarn.
03.12.2020	Erzbischof Stanisław Gądecki, Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz und Vizevorsitzender des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen, veröffentlicht eine schriftliche Erklärung zur aktuellen Abtreibungsdebatte in Polen und bezieht sich auch auf die Resolution des Europäischen Parlaments vom 26. November. In dieser verurteilte die überragende Mehrheit der Abgeordneten den Richterspruch des polnischen Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) vom 22. Oktober, demzufolge die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden illegal ist, als Gefährdung für das Leben und die Gesundheit der Mutter. Gądecki sagt, die Resolution beziehe sich auf die EU-Grundrechtecharta, die beinhalte, dass jeder das Recht auf Leben habe und eugenische Praktiken verboten seien. Das Recht auf Leben sei ein grundlegendes Menschenrecht und habe Vorrang vor dem Recht der Wahl. Jeder sogenannte rechtliche Kompromiss in dieser Angelegenheit sei eine Verfälschung der Wirklichkeit, denn er spreche bestimmten Kindern das Grundrecht auf Leben ab.
04.12.2020	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet eine Gesetzesänderung, nach der es bis zum 1. Januar 2023 erlaubt ist, Tiere mit gentechnisch verändertem Futtermittel zu füttern. Damit wird die bisherige Frist, die am 1. Januar 2021 enden sollte, verlängert.
05.12.2020	In Thorn (Toruń) findet eine Messe aus Anlass des 29-jährigen Bestehens des national-katholischen Radiosenders »Radio Maryja« statt, an der u. a. Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro und Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilnehmen und eine Grußbotschaft von Präsident Andrzej Duda verlesen wird. In seiner Predigt sagt der Direktor des Radiosenders, Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk, dass Bischof Edward Janiak ein Opfer der Medienberichterstattung geworden und ein »zeitgenössischer Märtyrer« sei. Janiak wird vorgeworfen, pädophile Straftaten gedeckt zu haben. Papst Franziskus nahm im Oktober seinen Amtsverzicht an.
07.12.2020	In Warschau erinnern Krzysztof Szczerski, Chef des Kabinetts des Präsidenten, Stephan Steinlein, Chef des Bundespräsidialamtes, und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Arndt Freytag von Loringhoven, an den Kniefall des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt vor 50 Jahren. Am Denkmal für die Helden des Ghettoaufstandes, vor dem Brandt kniete, am Denkmal für den Kniefall und am Denkmal des Warschauer Aufstandes legen sie Kränze nieder.
07.12.2020	Die ehemaligen Präsidenten der Republik Polen, Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski und Bronisław Komorowski, veröffentlichen angesichts der Drohung der Regierung, ein Veto gegen das EU-Haushaltspaket (mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie) einzulegen, einen Appell. Darin weisen sie darauf hin, dass der europäische Haushalt im Juli in Brüssel von der polnischen Regierung mitverhandelt wurde und Polen einer der größten Nutznießer des gemeinsamen Budgets ist. Sie rufen den Präsidenten, den Ministerpräsidenten und die Regierung Polens auf, die Zustimmung zum EU-Haushalt nicht für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren und die anderen EU-Mitgliedsstaaten nicht zu erpressen. Der Hintergrund ist, dass die Auszahlung der EU-Mittel an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden soll, was das Regierungslager ablehnt.

07.12.2020	Auf Initiative der Stadtpräsidenten von Warschau und Budapest, Rafał Trzaskowski und Gergely Karácsony, richten 275 Vertreter der polnischen und ungarischen Selbstverwaltung einen Brief an die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Darin verurteilen sie, dass die Regierungschefs von Polen und Ungarn, Mateusz Morawiecki und Viktor Orbán, mit einem Veto gegen das EU-Haushaltspaket (mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie) drohen, da sie dem erstmalig damit verknüpften Rechtsstaatsmechanismus ihre Zustimmung verweigern. Die Unterzeichner des Briefes unterstützen den Kurs der EU, die Rechtsstaatsprinzipien zu schützen und die EU-Mittel dahingehend zu kontrollieren, dass sie für das Wohl der Öffentlichkeit und nicht für »antidemokratische und unehrliche Interessen« eingesetzt werden. Sollten sich die EU-Mitgliedsländer darauf einigen, die Corona-Wiederaufbauhilfe auch ohne Polen und Ungarn zu realisieren, plädieren die Unterzeichner dafür, die für Polen und Ungarn vorgesehenen Mittel der Stärkung der Selbstverwaltung in den beiden Ländern zukommen zu lassen.
08.12.2020	In einer schriftlichen Erklärung sagt Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk, Direktor des national-katholischen Radiosenders »Radio Maryja«, seine Äußerungen im Zusammenhang mit pädophilen Straftaten in der katholischen Kirche seien spontan gewesen und falsch verstanden worden und er habe niemanden verletzen wollen. Solche Straftaten müssten redlich untersucht und bestraft werden. Rydzyk hat in der vergangenen Woche in seiner Predigt im Rahmen der Messe zum 29-jährigen Bestehen von »Radio Maryja« gesagt, dass Bischof Edward Janiak ein Opfer der Medienberichterstattung geworden und ein »zeitgenössischer Märtyrer« sei. Janiak, der nicht mehr im Amt ist, wird vorgeworfen, pädophile Straftaten gedeckt zu haben. Rydzyks Äußerung rief heftige Reaktionen hervor.
09.12.2020	Michał Dworczyk, Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, äußert sich in einem Fernsehinterview zum EU-Haushaltspaket (mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie), das zur Verabschiedung steht und gegen das Polen und Ungarn ein Veto angekündigt haben. Der Grund ist, dass die Auszahlung der Mittel künftig daran geknüpft werden soll, dass EU-Mitgliedsländer rechtsstaatliche Grundsätze einhalten. Polen halte diesen Mechanismus für nicht vertragskonform und stimme keiner intransparenten Regelung zu, die aus politischen Gründen auf bestimmte Länder angewendet werden kann, so Dworczyk. Sollte die Europäische Kommission die Absicht haben, den Begriff der Rechtsstaatlichkeit auf Bereiche wie die Rechte von LGBT-Personen, Abtreibung und Flüchtlinge anzuwenden, werde Polen dem Mechanismus nicht zustimmen. Werde unter Rechtsstaatlichkeit verstanden, dass die EU-Mittel transparent und ehrlich abgerechnet werden, sehe Polen kein Problem, zuzustimmen, da Polens Abrechnungen der EU-Gelder mustergültig seien.
10.12.2020	Beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs stimmen Polen und Ungarn dem Kompromiss für das EU-Haushaltspaket (mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie) zu und geben damit ihre Drohung auf, ihr Veto gegen das Haushaltspaket einzulegen und es zu blockieren. Der Kompromiss sieht eine Zusatzregelung zum neuen Rechtsstaatsmechanismus vor, die beinhaltet, dass die Länder den Mechanismus vom Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen können. Außerdem wird noch einmal festgeschrieben, dass der Rechtsstaatsmechanismus darauf beruht, dass nur in den Bereichen, in denen es zu Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit kommt, EU-Gelder gekürzt werden können.
12.12.2020	Zbigniew Ziobro, Justizminister und Parteichef von Solidarisches Polen (Solidarna Polska) teilt mit, dass seine Partei nicht aus der Regierungskoalition austreten wird. Dies habe die Abstimmung auf der Sitzung des Parteivorstands (acht Ja-Stimmen, zwölf Nein-Stimmen) am selben Tag ergeben. Der Grund für die Abstimmung sei gewesen, dass Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs vor zwei Tagen gegen die Empfehlung von Ziobro und Solidarisches Polen dem Kompromiss zum EU-Haushaltspaket zugestimmt hat. Der Kompromiss sieht vor, die Auszahlung von EU-Mitteln von der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in den betreffenden EU-finanzierten Bereichen abhängig zu machen. Ziobro kritisiert die Vereinbarung als Verletzung der polnischen Verfassung und der EU-Verträge.
13.12.2020	Am Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts vor 39 Jahren finden in vielen Städten Polens Demonstrationen gegen die Regierung statt. Die Teilnehmer protestieren u. a. gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrationen des Landesweiten Frauenstreiks (Ogólnopolski Strajk Kobiet) in den vergangenen Wochen, gegen das Urteil des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober, wonach die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden nicht verfassungskonform ist, sowie für die Rechte der Frauen, von LGBT+-Personen und Minderheiten. Als Zeichen des Protestes gegen die mangelnde Wertschätzung der Regierung gegenüber den Bauern werfen Landwirte des Verbands Agronomia vor dem Wohnhaus von Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und stellvertretender Ministerpräsident, Gemüse, Eier und Fleisch ab.
14.12.2020	Krzysztof Szczerski, Chef der Präsidialkanzlei, gibt bekannt, dass Präsident Andrzej Duda am selben Tag einen Brief an Joe Biden, Wahlsieger der US-Präsidentenwahlen, richten wird, in dem er dem amerikanischen Präsidenten <i>elect</i> gratulieren und nach Warschau einladen wird. In den USA tritt heute das »Electoral College« an, um den Präsidenten zu bestimmen. Nach der Wahl hatte Duda Biden zunächst zu einem »erfolgreichen Wahlkampf« gratuliert.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.